

ES GEHT UMS SIEGEN ÜBER DIE ORGANISIERTE UNMENSCHLICHKEIT!

Wir sind Angehörige und Freunde von politischen Gefangenen der BRD - von Gefangenen aus der RAF, aus dem anti-imperialistischen Widerstand und von Gefangenen, die im Gefängnis angefangen haben, ihre Situation politisch zu begreifen. Wir unterstützen seit vielen Jahren den Kampf der Gefangenen gegen die Isolationsfolter und für ihr Zusammenkommen in großen Gruppen, indem wir immer wieder an die Öffentlichkeit gehen - mit Veranstaltungen, mit Aktionen, mit Informationen.

So haben wir z.B. auch im März 1981, während des Hungerstreiks der Gefangenen, das Goethe-Institut in Amsterdam besetzt. Heute sind wir zum 'doe-wat'-Treffen nach Hengelo gekommen, weil wir mit euch zusammen unserem Widerstand gegen Faschismus und Krieg Ausdruck geben wollen.

Mit der Demonstration vor der Waffenfabrik "Holland Signal" richtet sich unser Protest exemplarisch gegen die Kriegstreiber, gegen die Nutznießer der Vernichtung. Gemeint sind die multinationalen Konzerne, unter ihnen besonders die Waffen-Industrie, deren wirtschaftliche und politische Macht immer größer wird. In den Aufsichtsräten und Interessenorganisationen der großen Rüstungskonzerne und der Atom-Industrie waren und sind Politiker und Regierungsmitglieder der NATO-Staaten aktiv. Am Anfang stehen voran US-Präsident Reagan.

Wir kommen aus einem Land, in dem auch nach dem Nazi-Faschismus und nach zwei Weltkriegen weiterhin die Erfordernisse des Großkapitals und seiner Militärapparate regieren. Früher war es das nationale Kapital und die 'Wehrmacht', heute sind es die Multis und die NATO. Nach wie vor herrschen die gleichen kapitalistischen Wirtschaftszwänge, die immer wieder Kriege und katastrophale Zerstörungen produzieren.

Bisher hat jede westdeutsche Regierung die sogenannten "vitalen Interessen" der USA mitgetragen und mitverwirklicht. Das galt bei der atomaren Bewaffnung genauso wie z.B. beim Vietnam-Krieg, bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt genauso wie bei der Widerstandsbekämpfung in West-Europa. Es werden bedingungslos faschistische Regierungen unterstützt: in Südafrika, in Lateinamerika, im Libanon. In der Türkei halten sich die Militärs nur durch Geld und Waffen aus der BRD an der Macht.

Das geht so weit, daß selbst die Vernichtung der eigenen Bevölkerung für US-amerikanische Interessen miteinkalkuliert werden. Dementsprechend hat der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt den Beschluß zur Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD durchgesetzt. Da, wo er bei den anderen west-europäischen Regierungen nicht auf gefällige Komplizenschaft stieß, half er mit wirtschaftlicher Erpressung nach, um auch bei ihnen den Stationierungsbeschluß zu erreichen.

In diesem Jahr werden die Mittelstreckenraketen in West-Europa stationiert. Wir dürfen uns keine Illusionen machen: die NATO bereitet den Angriffskrieg vor.

Daniel Ellsberg, vormaliger Präsidentenberater und Atomkrieg-Experte des US-Verteidigungsministeriums, gab das am 29.6.1981 vor der Berliner Öffentlichkeit offen zu:

"Die US-amerikanische Regierung ist zu einem begrenzten Nuklear-Krieg entschlossen. Um sich Rohstoffe und Weltmärkte zu sichern ist sie - nach den großen Verlusten der USA im Vietnam-Krieg - nunmehr bereit, kleine sog. taktische Atomwaffen gegen Befreiungsbewegungen und Länder der 3. Welt einzusetzen...

... sollten sich die UDSSR... nicht abschrecken lassen, der USA in einem Land der 3. Welt atomar zu antworten. Würde sie durch die von West-Europa aus gestarteten Mittelstreckenraketen so hart angeschlagen, daß sie nur noch zu einem Gegenschlag auf West-Europa fähig ist. Der

Nuklear-Krieg bliebe auf Europa begrenzt. Die UDSSR wäre schwer verwundet. Europa eine verseuchte Wüste mit Millionen Toten. Die USA aber blieben verschont..."

Der absolute Vernichtungswille, mit dem die USA bzw. die NATO auf alle revolutionären Entwicklungen und Befreiungskämpfe in der 3. Welt reagieren, drückt sich genauso in der Brutalität der Staatsgewalt aus, mit der wir hier in West-Europa konfrontiert werden - vor allem in der Türkei, aber auch in Italien oder in Irland, im Baskenland und in jedem unserer Nachbarländer, wo es einen entschlossenen Widerstand gibt.

Wir selbst haben am Beispiel des bewaffneten Widerstands und der politischen Gefangenen in der BRD schon seit Anfang der 70-iger Jahre erfahren, zu welchen Mitteln die Bundesregierung greift, wenn sie sich politisch bedroht fühlt. Und das umso mehr, wenn die Kriegsmaschine der USA in unserem Land angegriffen wird.

Während des Vietnam-Krieges hat die RAF den bewaffneten Kampf aufgenommen. Sie hat sich damals auf die Seite des vietnamesischen Volkes gestellt und militärische Einrichtungen der USA bei uns angegriffen, von denen Bombeneinsätze in Vietnam gesteuert wurden.

Der Staat reagierte mit den Mitteln des Krieges: Mit der Erschießung von Genossen aus der RAF, mit der Ermordung von Gefangenen, mit Isolationsfolter, mit Hochsicherheitstrakten, mit willkürlichen Verhaftungen, mit dem Einsatz paramilitärischer Einheiten im Innern und dem verstärkten Aufbau des Kontroll- und Polizei-Apparats.

Der Kampf der politischen Gefangenen dauert bis heute an - der Kampf der RAF richtet sich seitdem immer wieder exemplarischen Aktionen gegen diejenigen, die für die Kriegspolitik verantwortlich sind. Gegen die, die verantwortlich sind für Repression und Ausbeutung, für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, hier und in der 3. Welt.

Die Methoden dieses Krieges nach Innen - sie werden genauso von der NATO entwickelt und durchgesetzt wie die Kriegsführung nach Außen. In abgestufter Form bekommt sie hier jeder zu spüren, ob er Häuser besetzt oder gegen Kernkraftwerke vorgeht, ob er den Bau der NATO-Startbahn verhindern will, gegen die Kriegspolitik mobilisiert oder den Kampf der Gefangenen unterstützt.

Das sind die Realitäten, mit denen wir konfrontiert sind. Bei immer mehr Menschen haben die Erfahrungen jedoch den Willen, Widerstand zu leisten, stärker und selbstverständlicher gemacht. Und unter uns wächst das Bewußtsein, daß es notwendig ist, aus den unterschiedlichen Bereichen, in denen wir bisher engagiert sind, zusammenzukommen und uns auf gemeinsame politische Ziele zu konzentrieren.

Deshalb sind auch wir Angehörigen von politischen Gefangenen hierhergekommen: weil wir mit euch - mit euch Anti-faschisten, Anti-Militaristen, Anti-Imperialisten - zusammen stärker werden wollen. Weil wir überzeugt sind, daß wir der Verwirklichung unserer politischen Ziele nur näher kommen können, wenn wir uns in unseren verschiedenen Widerstandsformen gegenseitig ergänzen.

Wir müssen voneinander lernen, miteinander arbeiten und uns klar machen, daß der gemeinsame Kampf nicht erst da anfängt, wo völlige politische Übereinstimmung besteht.